

## **Gemeinsame Pressemitteilung / Stellungnahme zur Gemeindeverbindungsstraße / Fahrradstraße zwischen Hastenbeck und Afferde**

von Meike Usuler, Fraktionsvorsitzende WirfürHastenbeck, Steffen Knippertz, Fraktionsvorsitzender der SPD im Ortsrat Hastenbeck und Ortsbürgermeister von Hastenbeck

Meike Usuler (Fraktionsvorsitzende WirfürHastenbeck) sowie Steffen Knippertz (Fraktionsvorsitzender der SPD im Ortsrat Hastenbeck und Ortsbürgermeister von Hastenbeck) nehmen gemeinsam Stellung zum aktuellen Vorgehen der Stadt Hameln rund um die Gemeindeverbindungsstraße und die Fahrradstraße zwischen Hastenbeck und Afferde.

Grundlage der bisherigen Planungen ist ein Ratsbeschluss mit einer Gegenstimme, dem auch der Oberbürgermeister zugestimmt hat. Dieser Beschluss wurde bis heute nicht vollständig umgesetzt, ist jedoch weiterhin gültig. Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundsätzliche Frage, mit welchem Verständnis von Demokratie mit einem gültigen Ratsbeschluss faktisch umgangen wird – ohne erneute politische Befassung und ohne Beteiligung der Betroffenen.

Ziel des Ortsrates war und ist es, eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr für alle zu gewährleisten. Dazu gehört ausdrücklich die jahrzehntelange Forderung nach einem separaten Fuß- und Radweg entlang der Gemeindeverbindungsstraße. Die Fahrradstraße wurde seinerzeit als Kompromiss beschlossen, dieser Kompromiss wurde jedoch nie vollständig umgesetzt.

Mit der nun vorgesehenen Maßnahme wird kein Sicherheitsgewinn, sondern vielmehr ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Radfahrende gesehen. Es sind keine wirksamen geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen vorgesehen, obwohl die Straße an mehreren Stellen verengt wird und aufgrund ihrer Topografie nur eingeschränkt einsehbar ist. Es ist davon auszugehen, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h nicht eingehalten wird. Aus Sicht von Meike Usuler und Steffen Knippertz kann und wird dies zu besonders gefährlichen Situationen auf dem Gemeindeverbindungsweg führen.

## Externes Rechtsgutachten

Im Zusammenhang mit dem extern beauftragten Rechtsgutachten drängt sich eine weitere Frage auf: Es entsteht der Eindruck, dass aus Sicht des Oberbürgermeisters möglicherweise ein bestimmtes Ergebnis erhofft wurde, um die aktuell allein getroffene Entscheidung rechtlich zu untermauern. Genau diese erhoffte Begründung hat das Gutachten jedoch nicht geliefert.

Das Gutachten stellte ausdrücklich fest, dass keine entscheidenden rechtlichen Hinderungsgründe gegen die Einrichtung der Fahrradstraße bestehen. Umso irritierender ist es, dass dieses Ergebnis nun offenbar keine maßgebliche Rolle im weiteren Vorgehen spielt, gleichzeitig aber zur Legitimation einer Entscheidung herangezogen wird, die ohne Abstimmung mit dem Stadtrat, den Ortsräten, den Fraktionen und weiteren Beteiligten getroffen wurde. Dies wirft Fragen nach dem Zweck der Beauftragung und nach dem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Steuermitteln auf.

Ein Runder Tisch mit allen Beteiligten, der für den 17. Dezember vorgesehen war, wurde abgesagt. Gleichzeitig fanden Gespräche mit dem Realverband statt. Dieser hatte zuvor öffentlich mit einem eigenmächtigen Rückbau der Fahrradstraße gedroht, ein Vorgehen, das als unangemessene Druckausübung verstanden werden konnte. Besonders irritierend ist, dass der Realverband in einer Pressemitteilung aus dem Rathaus selbst mit lobenden Worten über den Oberbürgermeister zitiert wird. Dies erweckt den Eindruck, dass einseitige Interessenvertretung öffentlich verstärkt wird.

Mit einer öffentlichen Stellungnahme wurde bewusst bis zur Ratssitzung am 17. Dezember gewartet, da weitere Ausführungen des Oberbürgermeisters erwartet wurden. Diese blieben aus. Unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen, Mitteilungen und Verschiedenes“ wurden die kritischen Nachfragen des Fraktionsmitglieds und Bürgermeisters Hagen Langosch (Bündnis 90/Die Grünen) nicht beantwortet.

Gerade bei Fragen rund um den Verkehr und die Verkehrsführung im Ort hatte Ortsbürgermeister Steffen Knippertz ursprünglich bewusst davon abgesehen, sich öffentlich zu äußern. Ziel war es, die Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit des Themas zu wahren und keine parteipolitischen oder wahlkampftaktischen Motive in den Vordergrund zu rücken. Das aktuelle Vorgehen und insbesondere die alleinige Entscheidung des Oberbürgermeisters ohne Abstimmung mit weiteren

Beteiligten haben jedoch zu einer zunehmenden Irritation im Ortsrat geführt. Zentrale Aspekte wie Beteiligung, Abwägung und Transparenz finden in dieser Entscheidung keine Berücksichtigung.

Auch die verkürzte Darstellung der Aussagen von Ortsratsmitglied Meike Usluer in der regionalen Presse, wodurch der Eindruck entsteht, dass der „erreichte Kompromiss (zwischen Herrn Griese und dem Realverband) am Ende mit der politischen Aussage von Ortsratsmitglied Meike Usluer harmonieren könnte“, führt ebenfalls zu Irritationen.

Ein ausdrückliches Angebot des Ortsrates, im Frühjahr einen Bürgerdialog zu Verkehr, Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherheit durchzuführen, wird durch das Vorgehen des Oberbürgermeisters konterkariert. Betroffene Bürgerinnen und Bürger wurden bislang nicht ausreichend beteiligt. Gemeinsam stehen WirfürHastenbeck und der Ortsbürgermeister weiterhin für einen vermittelnden Ansatz und für mehr Bürgerbeteiligung. Ziel bleibt es, Brücken zu bauen zwischen unterschiedlichen Interessen, zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Positiv wahrgenommen wurde in Hastenbeck die Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Bereich der Grundschule, die die Schulwegsicherheit erhöht hat. Auch dieser Aspekt findet in der aktuellen alleinigen Entscheidung des Oberbürgermeisters keine erkennbare Berücksichtigung.

## Forderungen

Die Unterzeichnenden fordern:

- die Achtung und Umsetzung gültiger Ratsbeschlüsse,
- eine frühzeitige und echte Bürgerbeteiligung,
- einen Runden Tisch mit allen Beteiligten auf Augenhöhe,
- sowie eine Verkehrsplanung, die Sicherheit, Schulwege und Verkehrsberuhigung im gesamten Ort ernsthaft berücksichtigt.